

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verantwortl. Redakteur: Dresden
Verlags-Gesellschaft: Dresden
Herausgeber: Dresden

Belegpreis vom 14. bis 21. Oktober 1929 bei täglich zweifacher Auflagenzeit 1,70 Mk.
Belegpreis für Monat Oktober 3,40 Mk. einchl. 90 Bsp. Postgebühren (ohne Postanweisungsgeld).
Einzelnummer 10 Bsp. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach Werbemaß berechnet; die ein-
seitige 30 mm breite Zeile 25 Bsp., für einwöchig 40 Bsp., Familienanzeigen und Stellenangebote
ohne Rabatt 15 Bsp., außerhalb 20 Bsp., die 20 mm breite Zeile 200 Bsp., außerhalb 250 Bsp.,
Offertengedichte 20 Bsp. Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Meylich & Reichardt,
Dresden, Postfach-Nr. 1068
Vertrieb nur mit dem Dresdner Anzeigengeld
(Verb. u. Nachr.) zulässig. Unverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Erpressungsversuch mit dem Saargebiet

Phantasiepreise für den Grubeneinkauf

Frankreich verschleppt die Verhandlungen
(Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten)

Paris, 24. Okt. Eine der Folgen der Ministerkrise, mit der man wahrscheinlich rechnen muß, wird eine weitere Verschiebung des Beginns der Saarverhandlungen sein, die am 28. Oktober beginnen sollten. Nebenfalls zeichnen sich die grundsätzliche französische Stellungnahme immer deutlicher ab. So hat die interministerielle Saarkommission, die gerade am Tage vor dem Sturz des Kabinetts diesem ihren Bericht überreichte, nach einer Bestätigung, die heute das dem Quai d'Orsay nahestehende „Devoir“ macht, sich über zwei grundsätzliche Punkte geeinigt und diese auch dem Kabinett als unerlässliche Voraussetzung jeder Verhandlung mit Deutschland vorgeschlagen.

1. Frankreich kann eine Veränderung der politischen Stellung des Saargebietes nur unter der Voraussetzung annehmen, daß das Saargebiet bis 1935 im französischen Zollverband bleibt.

2. Bei der Abschätzung der Rückkaufsumme für die Saargruben könne die früher von Frankreich angenommene Schätzung von 300 bis 350 Millionen Goldmark nicht mehr in Betracht kommen, sondern der gegenwärtige Ertrag der Gruben und das von Frankreich im Saargebiet investierte Kapital müssen für eine neue Überschätzung ausschlaggebend sein.

Die alte französische Erpresserpolitik wird also bei den Saarverhandlungen auf neue zur Anwendung kommen.

Die italienisch-belgische Verlobung

Frankreich erwartet sich Vorteile davon
(Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten)

Paris, 24. Okt. Der König von Belgien hat in einem persönlichen Telegramm dem Präsidenten der Republik die Verlobung seiner Tochter mit dem Kronprinzen Humbert von Italien mitteilt. Dommergue hat in einem herz-

lichen Glückwunschtelegramm geantwortet. Die durch die Verlobung hergestellte engere Verbindung zwischen dem belgischen und dem italienischen Hofe wird hier mit großen Hoffnungen begleitet. So schreibt ein Morgenblatt: Wir wollen von ganzem Herzen glauben, daß die Verbindung des italienischen Kronprinzen mit der belgischen Prinzessin ein Zeichen dafür ist, daß Italien durch diese Verbindung seine endgültige Freundschaft mit Frankreich und Belgien befestigen will.

Attentat auf den Prinzen Humbert

Brüssel, 24. Oktober. Auf den Prinzen Humbert von Italien wurde heute vormittag, als er am Grabe des Unbekannten Soldaten erschien, ein Revolvererschuß abgegeben. Der Prinz blieb unverletzt. Der Täter wurde verhaftet.

Ueber das Attentat auf den italienischen Kronprinzen werden folgende Einzelheiten berichtet: In dem Augenblick, als der Prinz am Kongressplatz sein Auto verließ, lief ein mit einem Revolver bewaffneter Unbekannter aus der Menge auf ihn zu.

Ein Polizist stürzte sich auf den Angreifer und schlug ihn in dem Augenblick auf die Hand, als er einen Schuß abgab.

Die Angel schlug auf das Pflaster, ohne jemand zu verletzen. Der Täter wurde sofort verhaftet und trotz seines Widerstandes auf das benachbarte Polizeirevier gebracht. Das Publikum betandete nach einem Augenblick der Verblüffung seine Empörung und bereitete sodann dem Prinzen Humbert eine begeisterte Ovation. Dieser hatte sich inzwischen mit großer Ruhe an das Grab des Unbekannten Soldaten begeben, um einen Lorbeerkranz niederzulegen.

Der Täter ist im Jahre 1908 in Mailand geboren und heißt Fernando de Nola.

Bei seiner polizeilichen Vernehmung erklärte er, er sei Student und heute mit dem Nachzuge aus Paris in Brüssel angekommen. Er habe beabsichtigt, als Protestkundgebung einen Schuß in die Luft abzugeben. Er wurde sofort dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Der König von Belgien hatte sich, sobald er von dem Attentat Kenntnis erhielt, in die italienische Botschaft begeben, in der der Prinz wohnt.

D-Zug-Zusammenstoß bei Nürnberg

Nürnberg, 24. Oktober. Heute vormittag um 10,45 Uhr stießen auf der Strecke München-Nürnberg bei der Station Reichelsdorf die D-Züge 39 München-Berlin und 389 Frankfurt-München zusammen.

Nach den bei der Reichsbahndirektion bisher vorliegenden Nachrichten sind bei dem Eisenbahnunfall bei Nürnberg fünf Personen getötet und zehn schwer verletzt worden. Die Toten sind die Postassistenten Auer und Obermeier und der Postassistent Stachel, alle drei aus München. Unter den schwerverletzten befindet sich der Lokomotivführer, der Deizer und ein Spanier namens Mario Ferrat. Die schwerverletzten wurden in das Nürnberger Krankenhaus gebracht.

Das Unglück ist dadurch entstanden, daß D 89 bei der Anfahrt aus Reichelsdorf dem durchsahrenden D 389 in die Flanke fuhr. Wahrscheinlich hat D 89 das Halbesignal nicht beachtet. Nähere Mitteilungen der Ursache sind noch nicht möglich. Die Untersuchung ist bereits im Gange.

„Graf Zeppelin“ wieder in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 24. Oktober. „Graf Zeppelin“ ist auf der Rückfahrt von Spanien um 13 Uhr wieder über Friedrichshafen eingetroffen und um 13,26 Uhr glatt gelandet.

Basel, 24. Oktober. Um 11,20 Uhr überflog das Luftschiff „Graf Zeppelin“ auf der Rückkehr von seiner Spaniensfahrt, vom Elsass kommend, Basel, und nahm Richtung rheinwärts, dem Neumathafen entgegen.

Bei der Ueberfliegung Barcelonas warf das Luftschiff „Graf Zeppelin“ einen Postbeutel ab, der in der Avenue St. Jean niederfiel und von einem Passanten zur Hauptpost gebracht wurde. Zwischen dem Kommandanten des Luftschiffes, Dr. Eckener, und dem Bürgermeister von Barcelona wurden Begleichungsbestellungen aufgegeben. 450 Mann standen auf dem Flugfeld bereit für den Fall einer etwa notwendigen Landung. Das Luftschiff überflog darauf Valencia und zog zwei Schleißen über der Stadt. Die Einwohner begrüßten das Luftschiff durch Händeklatschen und Tüchermähen. „Graf Zeppelin“ setzte dann seine Fahrt in Richtung Sevilla fort, wo der Flugplatz Tablada hell erleuchtet war und die Funktion sich bereit hielt, etwaige Funkprüche des „Graf Zeppelin“ aufzunehmen.

Explosionskatastrophe in Hollywood

Hollywood, 24. Oktober. In einem Laboratorium der Consolidated Film Industries ereignete sich heute früh eine Explosion, die das Gebäude in Brand setzte. Mehr als zwanzig Personen, die in dem Laboratorium beschäftigt gewesen sein sollen, werden vermisst.

Der Totschlag in der Eisenbahn

Prozess gegen Breslauer Reichsbannerleute

Frankfurt a. d. Oder, 24. Oktober. Am heutigen Donnerstag begann vor dem Schwurgericht die Verhandlung gegen die vier Breslauer Reichsbannerleute, die angeklagt sind, in der Nacht zum 18. August d. J. den Chauffeur Rademacher aus Glogau im Berlin-Breslauer Zuge erschossen zu haben. Die Vernehmung des Hauptangeklagten, des Bäckers Otto Faisel, in der Voruntersuchung ergab folgenden Tatbestand: Für den Rücktransport der schlesischen Reichsbannerleute von der Verfassungskonferenz in Berlin waren in dem Personenzug 227 drei Wagen dritter Klasse freigehalten worden, die bei der Abfahrt auch voll besetzt waren. Die beiden Angeklagten, der Arbeiter Herbert Stirn und der kaufmännische Angestellte Günther Hahn verließen auf der zweiten Station in Berlin-Brand ihr Abteil, um sich weiter vorn im Zug bessere Plätze zu suchen. Sie fanden einen Wagen, der zur Hälfte aus Abteilen zweiter und dritter Klasse bestand und darin ein unbefetztes Abteil zweiter Klasse, in dem sie sich niederließen. Angeblich weil sie mit ihren Fahrkarten dritter Klasse Schwierigkeiten mit dem Zugpersonal fürchten mußten, wollten sie auf der nächsten Station in Priesen wieder aussteigen und zu den anderen Reichsbannerleuten zurückgehen. Als sie an dem im Nebenabteil alleinfindenden Rademacher vorbeigingen, soll dieser angeblich ohne jeden Grund mit einem Stock auf beide eingeschlagen haben. Stirn und Hahn wollen nun, ohne sich mit Rademacher eingelassen zu haben, zu ihren Kameraden zurückgegangen sein. Als der Zug in Jakobsdorf hielt, stiegen außer Hahn und Stirn auch der Hauptangeklagte Faisel und der Tischlergehilfe Marcharek aus, rannten bis zu dem Wagen, in dem Rademacher saß und stellten ihn zu Rede. Es entstand ein heftiger Streit, in dessen Verlauf Faisel mit einem Messer dem Rademacher die tödliche Stichwunde beibrachte.

Nächtliche Zigeunerfehde

Berlin, 24. Oktober. In Charlottenburg entstand heute nacht zwischen den Angehörigen zweier Zigeunerhämme infolge von Eifersüchteleien eine große Zoffszene, bei der beide Seiten von Revolvern und Messern Gebrauch machten. Die Polizei konnte erst nach längerer Zeit die Kämpfenden trennen. Vier Männer, die durch Schüsse schwer verletzt wurden, mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Ein Zigeunerinnen wurden durch Messerstiche verletzt. Sie konnten aber nach Anlegung von Verbänden in ihrem Lager heilen.

Strafanzeige des Stahlhelms

Wegen öffentlicher Nennung im Volksbegehren eingetragener Beamten

Neumünster, 24. Oktober. Wegen der in der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ erfolgten Veröffentlichung der Namen derjenigen Beamten, die sich in die Listen für das Volksbegehren eingetragen haben, erstattete die hiesige Ortsgruppe des Stahlhelms Strafanzeige sowohl bei der Staatsanwaltschaft in Kiel als auch beim Regierungspräsidenten.

Eine Beschwerde des Reichsausschusses abgewiesen

Berlin, 24. Oktober. Am 19. Oktober hatte das Amtsgericht Berlin-Mitte ein Flugblatt des Reichsausschusses für das deutsche Volksbegehren wegen Verleumdung der Reichsregierung und großen Unfugs beschlagnahmt. Die von dem Reichsausschuss gegen diese Beschlagnahme eingelegte Beschwerde ist von der Strafkammer des Landgerichts 1 zurückgewiesen worden.

Bilder Hindenburgs im Kampf gegen das Volksbegehren

Wahrung der Wünsche des Reichspräsidenten
(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 24. Okt. Der Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren teilt mit: Von den Gegnern des Volksbegehrens wurde an die Lichtspieltheater in diesen Tagen ein Bild des Feldmarschalls v. Hindenburg mit seiner Unterschrift verteilt, das neben einer von der Regierung herausgegebenen amtlichen Mitteilung vom 18. d. M. in großer Schrift die Worte trug: „Hindenburg gegen das Volksbegehren.“ Diese erneute Vereinzeltung des Herrn Reichspräsidenten in den Meinungsstreit um das Volksbegehren widerspricht seiner ausdrücklichen Willensäußerung. Wie wir erfahren, ist von Seiten des Herrn Reichspräsidenten hiergegen Einspruch erhoben worden. Falls irgendwo im Lande das verzeichnete Bildbild trotzdem vorgeführt werden sollte, bittet der Reichsausschuss nach Berlin NW 40, Kronprinzessener 3, um Mitteilung.

Bis 6. November Zählung der Eintragungen

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 24. Oktober. Der Reichsminister des Innern hat die Wahlleiter beim Volksbegehren angewiesen, ihre Ergebnisse bis spätestens 6. November nach Berlin mit-

teilen. Dieser, wie es scheint, reichlich hinausgezogene Termin wird damit begründet, daß erfahrungsgemäß die Nachzählung und Nachprüfung der Eintragungen viel größere Schwierigkeiten machen als bei gewöhnlichen Abstimmungen, wo ja nur die Wahlzettel gezählt zu werden brauchen.

In die Listen für das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“ haben sich in Großberlin am 23. Oktober 11 182 Personen eingetragen. Die Gesamtzahl der bisherigen Eintragungen beträgt 132 282.

Kronprinz Rupprecht gegen das Volksbegehren

München, 24. Oktober. Reichstagsabgeordneter Voibel (Bayerische Volkspartei) teilt in einer öffentlichen Erklärung mit, daß der frühere Kronprinz Rupprecht von Bayern das Ersuchen des Landesausschusses für das Volksbegehren, den Aufruf zu unterzeichnen, abgelehnt habe mit der Begründung, daß er den Weg des Volksbegehrens für verfehlt halte.

Weitere Haftentlassungen in der Bombenattentatsaffäre

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 24. Okt. In der Voruntersuchungslage wegen des Sprengstoffattentats ist heute eine weitere Gruppe von Angeeschuldigten, die sogenannte Ruhrgruppe (Anton Groß und Kurt Rudolf), aus der Haft entlassen worden, da bei dem heutigen Stande der Untersuchung zwar ein Tatverdacht auch jetzt noch besteht, aber sowohl Verdunkelungsgefahr wie Fluchtverdacht nicht mehr begründet erscheinen. Bei dem Angeeschuldigten Fritz Melina, bei dem stärkere Verdachtsgründe vorliegen, ist die Freiheit von einer Sicherheitsleistung von 30 000 Mark abhängig gemacht worden.

Eine Spur von dem flüchtigen Notar Kron?

Berlin, 24. Okt. Die Verbreitung der Lichtbilder und der Personalbeschreibung des flüchtigen Notars Kron und seiner Frau hat, wie eine hiesige Korrespondenz meldet, gestern zu einer ersten Spur geführt. Es traf die Nachricht ein, daß Kron und seine Frau im Zuge Prag-Lundenburg-Wien gesehen worden seien. Von Berlin und Prag aus wurden Wien und andere Stationen sofort benachrichtigt.

Das Echo der Leipziger Entscheidung

Severings zweifelhafte Rolle

(Drahtmeldung unserer Berliner Korrespondenz)

Berlin, 24. Okt. Das Echo der gestern gefällten vorläufigen Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist in der reichshauptstädtischen Presse naturgemäß sehr verschieden, zeichnet sich aber im Allgemeinen durch eine gewisse Zurückhaltung aus. Es wird offenbar eingesehen, daß man einem nunmehr juristisch gewordenen Problem nicht unbedingte Ratifikation gegenüberstellen kann. Die Blätter der Rechten sind sich darüber einig, daß

die Dinausgliederung der Entscheidung selbstverständlich eine schwere Benachteiligung der Minderpartei ist,

da schließlich zahlreiche Beamte die Entscheidung, ob sie das Volksbegehren unterzeichnen wollen oder nicht, solange hinausgeschoben haben, als noch kein Urteil in Leipzig vorlag. Man nimmt an, daß diese Beamten für das Volksbegehren ausfallen und erst Stellung nehmen werden, wenn der Volksentscheid eingeleitet ist.

Von den vielachaligen Kommentaren der Blätter verdient einer besonders hervorgehoben zu werden, der sich im Leitartikel der „Berliner Welt“ findet. Hier wird dem Abgeordnetenvertreter der deutschnationalen Landtagsfraktion in Preußen nachgesehen, er habe nicht so ganz unrecht, wenn er vor dem Staatsgerichtshof erklärte, der Reichsinnenminister hätte dieses Volksbegehren überhaupt nicht zulassen dürfen, wenn der § 4 zu beanstanden sei. Das ist in der Tat ein Argument, das ernste Beachtung verdient. Das Reichsministerium des Innern hat bis jetzt zu Anfragen, die von Seiten der Presse in dieser Richtung gestellt wurden, stets geantwortet, und es ist so der ganz allgemeine Eindruck entstanden, als habe Severing bei der Zulassung ganz genau gewußt, daß er dieses Volksbegehren in dieser Fassung mit diesen Methoden werde befähigen können. Der Nachweis ist natürlich schwer zu führen, aber wie es auch sein mag, der Verdacht, daß der Verfassungsdirektor des Reiches bei der Zulassung des Volksbegehrens

wider Treu und Glauben gehandelt

hat und daß seine Entscheidung nicht aus verfassungsmäßigen Gründen erfolgt war, sondern aus dem Grunde, Maßregeln für die Gegenagitatorien offenzubehalten, besteht, und wird von Severing nur schwer entkräftet werden können.

Inzwischen nehmen die Gegenmaßnahmen insbesondere der preussischen Regierung immer schärfere Formen an. Der Reichsdirektor der höheren Beamten hatte kürzlich ebenso wie es jetzt die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft tut, eine kritische Neutralitätsklärung abgeben. Dies ist ihm im Preussischen Innenministerium übel anzurechnen worden, und Herr Grafenitz hat auf die Beamten seines Ministeriums einen Druck ausüben, um sie zu einer Sezession zu veranlassen. Der Austritt mehrerer Tausend höherer Beamter aus dem Reichsdienst wird der viele Tausende umfassenden Organisation freilich keinerlei Schaden zufügen können, selbst wenn noch mehrere preussische Ministerien den gleichen Weg beschreiten sollten. Immerhin ist es bezeichnend, wie auch hier mit dem

in der nachrevolutionären Verfassung festerlich verkündeten Grundgesetz der Meinungsfreiheit der Beamten umgegangen wird. Aber auch gegen die Methode, jetzt in den einzelnen Länderparlamenten

durch Mehrheitsbeschlüsse

den Kampf um die Meinungsfreiheit der Beamten durchzuführen, müssen lebhafteste Bedenken geltend gemacht werden. Diese ganze Frage rüttelt an der Existenzgrundlage des Beamtentums überhaupt. Sie muß aus dem Streit der Parteien herausgenommen werden, und es wäre gut, wenn man sich bis zur Entscheidung des Staatsgerichtshofes zurückhalten auflegte und Kritik alles vermied, was wie ein Eingriff in ein schwebendes Gerichtsverfahren ausfallen könnte.

Ähnliche Bedenken kommen auch in anderen Berliner Blättertiteln zum Ausdruck. Die „D. N. Z.“ weist darauf hin, daß mit dem Leipziger Spruch noch nichts darüber gesagt ist, ob die Haltung der preussischen Regierung mit den verfassungsmäßigen Rechten der Beamten in Einklang stehe. Politisch sei freilich gleichzeitig dadurch eine neue Lage geschaffen, daß der Preussische Landtag durch Mehrheitsbeschlüsse das Vorgehen der Preussenregierung ablehnen dürfe und könne nicht durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden werden.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt, es sei erfreulich, daß der Staatsgerichtshof den Antrag auf eine einseitige Verfügung gegen die preussische Regierung zurückgewiesen habe. Das Blatt meint weiter, vielleicht habe dieser Prozess endlich einmal Veranlassung gegeben, die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes klarer zu begrenzen als das bisher der Fall gewesen sei.

Die „Vossische Zeitung“ hält diese Entscheidung für eine solche von weittragender Bedeutung, weil bei der Erörterung der Stellung des Staatsgerichtshofes innerhalb der verfassungsmäßigen Organisation des Deutschen Reiches wiederholt der Befürchtung Ausdruck gegeben worden sei, daß er durch einseitige Verfügungen in unerträglich Weise in den Gang der Regierungsgeschäfte eingreifen könne.

Der „Volkswagen“ sagt, die preussische Staatsregierung sei um den Sieg in Leipzig errungen habe, nicht zu beneiden, ebensowenig wie um den Staat, mit dem sie es fertiggebracht habe, sich vor dem Staatsgerichtshof um eine ehrliche Auslegung ihrer gegen die Beamenschaft ausgeübten Drohungen herumzubringen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt, die für die Verantwortlichen des Volksbegehrens gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten seien durch die Dinausgliederung der Entscheidung in harkem Maße beeinträchtigt worden. Denn nachdem erst nach Beendigung der Einzeichnungsfrist die Entscheidung des Staatsgerichtshofes erfolgen werde, würden die Eintragungen weiterhin unter dem Terror aller beamteten Stellen, so daß von einer wirklich unbefangenen Abstimmung nicht mehr die Rede sein könne. Nach Abschluß des Volksbegehrens werde man darauf ausgiebig zurückkommen müssen.

Vertikales und Sächsisches

Das Volksbegehren in Striefen

In der Dornschänke hielt am Mittwochabend die Gruppe Striefen der Deutschen Nationalen Volkspartei eine sehr kurz beschriebene Vortragssammlung ab, in der Stadtverordneter Dr. Darwitz sprach. Er ging von der inneren Qualität der Kriegskampfbildung und von den schlagenden Ausdrücken generischer Politiker aus, die vielfach erklärten, daß die Schuld am Krieg nicht bei Deutschland liege. Besonders heftig er den Gang der Dinge nach der Tannenbergrebe Hindenburgs dar. Auch während der Pariser Verhandlungen habe es noch einen Einblick gegeben, den Severing in seiner Erfüllungswieder ausgedrückt habe. Es sei in der Unterzeichnungswilligkeit nur der Wille zu sehen, die gegenwärtige Realisierung am Ruder zu halten. Dr. Schacht selbst habe die Erfüllung der französischen Forderungen wiederholt unmöglich erklärt. Selbst er, der Demokrat, habe gesagt, daß eine offene, kraftvolle Willenserklärung auf unsere Gegner Eindruck gemacht hätte. Die Stellung der deutschen Delegation auf der Danziger Konferenz sei nicht unangenehm gewesen. Die enalische Arbeiterpartei sei mit der Parole: „Räumung des Rheinlandes!“ in die Regierung gekommen, durch die aus Amerika empfangenen Anleihen sei auch Amerika uns günstig gestimmt gewesen. Beim Verlangen der deutschen Delegation hätte ihr durch Snowden's Vorschlag das Rückgrat gestärkt werden können. Ja, die Deutschen seien schließlich bereit gewesen, mehr zu zahlen, als Frankreich in Paris verlangt habe. Die Schilderung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands sollte ein erschreckendes Bild auf. Das schlimmste sei, daß der Dawesplan eine Marktschuld darstelle, während der Youngplan eine Valutaschuld sei. Selbst die Deutsche Volkspartei gebe die Unerschlichkeit des Youngplans an. Der von diesem vorgesehene Beschall der Sachleistungen werde die ungeheure Arbeitslosigkeit im Deutschland noch verschlimmern. — Der § 4 des Freilichtgesetzes sei durchaus nur für die Zukunft vorgesehen. Er solle vor allem verhindern, daß in Zukunft deutsche Unterhändler solche Verträge „paraphieren“, sondern daß gemäß der Verfassung solche Verträge durch Regierung und Volksvertretung genehmigt würden. Jetzt bewirke nur die Angst vor dem Volksbegehren, daß die Minister die Verfassung brechen. Am schlimmsten sei die Anechtung der Beamten; aber sie gebe die Möglichkeit, die Gerechtigkeit des Volksbegehrens anzusehen, falls es nicht Erfolg habe. Ausführlich behandelte der Redner die Braunkohle, die sich an die Seite Polnens gestellt habe. Selbst Braun habe zugestanden, er wisse nicht, ob das deutsche Volk diese Lasten tragen könne. — Die Ablehnung des Youngplans werde das Bestehenbleiben des Dawesplans zur Folge haben, nach dem eine neue Besetzung des deutschen Bodens unmöglich sei.

In der Aussprache wurde scharf darauf hingewiesen, daß auch mit dem Ablauf des Youngplans 1938 die Verschuldung Deutschlands so groß sein werde, daß unsere Nachkommen weitere hundert Jahre daran zu bezahlen haben.

— Gefallenenehrung durch das Haus Meitin. König Friedrich August trat Mittwoch von Brauna bei Romena, wo er bei dem Grafen Stolberg übernachtet hatte, kommend am Truppenübungsplatz Königsdorf ein und legte am Armeeedenmal einen Kranz zur Ehrung der im Weltkrieg Gefallenen nieder. Von Worbisburg aus hatten sich Prinz Ernst Heinrich sowie Fürst und Frau Fürstin von Hohenhausen eingefunden. Mehrere Offiziere und Mannschaften der alten Königlich Sächsischen Armee waren hierzu eingeladen worden.

— Aus dem Konsulatsdienst. Der zum Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Leipzig ernannte Gerald H. Molma ist anerkannt und zugelassen worden.

— Die Ortsguppe Dresden des Verbandes Sächsischer Industrieller hält am 24. Oktober, 8 Uhr, im großen Saal der Produktendörse, Lüttichaustraße 24, ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende, Direktor Wittke, wird über „Die bevorstehende Reform der Finanz- und Steuerpolitik“ sprechen. Durch Mitglieder eingeführte Gäste haben zu diesem Vortrag Zutritt.

— Sturmkläuten der Kirchenlaken bei Schadenfeuern. Da das Sturmkläuten mit den Kirchenlaken bei Schadenfeuern angeht, ist der Verfügung stehenden modernen Mittel für Feueralarm überflüssig, unter Umständen sogar einen unerwünschten Zulauf der Bevölkerung herbeizuführen, diese unnötig beunruhigen und auch die Feuerlöscharbeiten stören könne, hat das Ev.-luth. Landeskonfessionsrat angeordnet: Das Sturmkläuten mit den Kirchenlaken bei Ausbruch von Schadenfeuern darf nur im Einvernehmen mit den örtlichen Feuerpolizeibehörden vorgenommen werden.

Die Gewaltmittel des roten Saren

Eine neue Darstellung Besedowkis

(Drahtbericht unserer Berliner Korrespondenten)

Paris, 24. Okt. Der frühere erste Botschaftsrat Besedowki in der russischen Botschaft in Paris legte heute seine Enthüllungen im „Matin“ über das Sowjetregiment fort. Stalin ist nach seiner Darstellung der fest und beschränkte Diktator Russlands. Seine beiden Gehilfen Molotoff und Kaganowitsch sind neben ihm bedeutungslos. Das politische Büro aber, das formell Russland regiert, ist ebenfalls nur noch Stimmvieh, besonders, seitdem die Opposition durch die Entfernung Tomkows und Bucharins im Büro gebrochen ist. Auf sowj. Wege wird von Stalin, der schon vor den Zügen alles entschieden hat, durch Drohungen im Raum gehalten, denn er bleibt an seinem Amt. Dort man ihn dagegen im Kremlbestreite, so ist Krow der größte Feind der Revolution.

Stalins persönlicher Einfluß, so schreibt Besedowki, ist gegenwärtig größer als der Lenins in seinen besten Tagen. Stalin ist absoluter Monarch. Er beherrscht seine Umgebung durch seine ideologische Ehrlichkeit, seinen Glauben, sein Organisationsgenie und durch das Märchen, daß seine Abdankung die Katastrophe bedeuten würde, hauptsächlich aber durch die Furcht. Diese Furcht erklärt sich daraus, daß Stalin

die Personalakten aller hervorragenden Parteimitglieder in der Hand

hat und im gegebenen Augenblick damit droht. Es liegt ihm viel daran, sich bei der kommunistischen Jugend beliebt zu

machen. Sonst lebt er ganz zurückgezogen in Gorko in der Villa, in der Lenin starb. Er trinkt fast nie und ist kein Spieler. Bestes Jahr hat er plötzlich leidenschaftlich Gasmisch gelernt. Seine Wohnung ist von einer 15 Mann starken Abteilungs der GPU. streng bewacht, und jeden Morgen 9 Uhr fährt er unter ebensolcher Bewachung auf der Tag und Nacht von der GPU. überwachten Straße von Gorko nach Moskau.

Behördenkrieg auch gegen Frauen!

Berlin, 24. Okt. Wie die „Augsburger“ zu melden weiß, ist dem Landrat von Ludau, der nicht nur die Beamten und Angestellten, die sich für das Volksbegehren eintragen, sondern sogar die Stadtverordneten und Schöffen (!) mit Strafmaßnahmen bedroht hat, die richtige Antwort zuteil geworden. Die Gemeindevorsteher, denen er ebenfalls verbot, sich am Volksbegehren zu beteiligen, sahen eine Entschärfung, in der sie gegen den Verfassungsbuch Einspruch erhoben und in der gleichzeitig 20 Gemeindevorsteher erklärten, daß sie sich trotz der Drohungen für das Volksbegehren eintragen werden.

Den Bürgermeistern ist übrigens bei der Besprechung in Ludau auch gesagt worden, daß sie und die Beamten nicht nur selbst nicht für das Volksbegehren stimmen dürften, sondern daß die Beamten auch dafür verantwortlich gemacht würden, wenn ihre Frauen für das Begehren stimmten! Selbstverständlich ist diese Drohung nicht nur ebenfalls vollkommen unzulässig, sondern es gibt nicht einmal eine Handhabe, irgend wie ihre Durchführung auch nur zu verhindern.

Kunst und Wissenschaft

Neubesetzungen im „Freischütz“

Am „Mennerhaus“ auf dem Altmarkt zu Dresden ist vor etwas über hundert Jahren Webers „Freischütz“ benannt worden. So war es ein sinniger Gedanke, nunmehr anlässlich eines Jubiläumstages des bekannten Kaufhauses, dem heute die denkmalwürdigen Räume zu eigen sind, die Anachronisten der Firma durch eine Neufassung eben des „Freischütz“ zu ersetzen. Diese Vorstellung vollzog sich gestern in geschlossener Stille unter Fritz Buschs und Staegemanns Leitung und verlief sehr stimmungsvoll. Sie gewann aber über den Rahmen eines Privatereignisses hinaus Bedeutung durch zwei wichtige Neubesetzungen — eine dritte wurde im letzten Augenblick durch Krankheitssfall vereitelt —, Neubesetzungen, die zweifellos auch künftighin für das Freischützensemble Geltung behalten werden. Max Lorenz sang erstmals den Max. Wir haben immer auf ihn als den besten Vertreter deutscher Tenorpartien verweisen, und freuen uns, daß er nun eine typische Aufgabe dieser Art gefunden hat. Noch merkte man ein wenig das „Premierenfieber“, das sich in gelegentlichem Zutrettsingen und unruhiger Atmung bekundete. Aber trotzdem hatte die Leistung schon diesmal etwas ungemein Frisches, Sympathisches. Dieser Max mit der kräftigen Erscheinung und dem offenen, jugendlichen Gesicht war wirklich im besten Sinne der Naturbeische, der er sein soll. Auch die Stimme klang mühelos, kräftig und schaltete sich sogar der tiefen Vagen der Partie beinahe unpunktiert mächtig. Ein Max, der in der ganzen Art das Vorbild zu erreichen verspricht, das Besselstrom in dieser Partie gestellt hat und das noch unvergessen ist. Interessant war auch die zweite Neubesetzung: Laifische als Kaspar. Die Partie ist bis jetzt wohl nur sehr selten vom Bariton gesungen worden, obwohl sie ausgesprochen hohen und nicht tiefen Charakter hat. Plötzlich Stimme vermochte ihr jedenfalls auch in Originalrolle gerecht zu werden. Die große Arie, die Beschwörung Samiels und vor allem das Trinklied wirkten klanglich sehr lebendig. Auch die Figur als solche war gut gesehen: ein unterlehter, vermittelter Gesell, ein echt romantischer Finklerling, aber ohne das Gebähe des Theaterbüchse. Die geschäftliche, lebenspraktische Art seines gesprochenen Dialogs paßte gut auf diese stilistische Linie; allerdings passierten für erste noch ein paar sehr tragikomische „Versprechungen“, zu denen der Freischützdialog ja bekanntlich geradezu reist. Schar

ist aber auch durch diesen Kaspar der Dresdner „Freischütz“ um eine Charakterfigur von stark persönlicher Prägung bereichert worden.

„Maretta“ von Oscar Straus

Erstaufführung im Residenztheater

Wenn nicht alle Feiden trügen, hat das Residenztheater seit achtern einen neuen Kassenmagneten à la „Friederike“. An Webers „Friederike“ erinnert überhaupt gar mancherlei in der neuen „großen Operette“ von Oscar Straus: „Maretta“. Hier wie dort die auflockernde Liebesleidenschaft einer großen geschichtlichen Persönlichkeit, hier wie dort ein liebes, heikles Bürgermädchen als Mittelpunkt dieser heiklen Liebe, hier wie dort ein schicksalhaftes Ereignis dieses Mädchens in der Stunde einer wichtigen Lebensentscheidung, hier wie dort ein hochherziges Verhalten auf eigenes Glück zugunsten des großen Mannes, der einem ganzen Volk gehört und dessen große Aufgaben nicht durch den Hemmschuh einer kleinen Dutzendangelegenheit behindert werden sollen. Dort Friederike von Zeinheim und Goethe, hier Maretta Aleru und Prinz Louis Napoleon, der nachmalige Kaiser Napoleon III. Dort ein Entlangen des lebenden Mädchens zugunsten der Entfaltung eines Dichtergenies, hier ein gleiches Scheitern und Weiden zugunsten eines ehrgeizigen Fürstentums, dem die Kaiserkrone als Ziel vorstehet. Aber in beiden Fällen die gleiche rührende Resignation, die gleiche großzügige Liebe, die sich aufopfert, wenn auch das Herz darüber bricht. Das historische Mantelchen, das in beiden Fällen der Operettenhandlung umgehängt wird, steht gar wohl zu Gesicht, zumal im Fall „Maretta“, wo man als Zuschauer Zeuge wird der großen französischen Staatsereignisse vom 20. Dezember 1848 und vom 2. Dezember 1852: dem Aufstieg Louis Napoleons zum Präsidenten der Republik und zum zweiten Kaiser der Franzosen — Ereignissen, die nach der Darstellung des Dichters Sacha Guitry in engstem Zusammenhang stehen mit Louis Napoleons Liebe zu der schönen und guten Maretta. Just am Abend der Präsidentenwahl erklärt Prinz Napoleon der schönen Darstellerin einer Spioninrole in der Schaueroper „Die Raube des Alberto Francoschi“ im Theater zu Amiens, zum ersten Male seine Liebe; sein schwer errungener Sieg über die Widerstände des tugendhaften Frauenherzens ist ihm gute Vorbedeutung für den politischen Sieg, und richtig: mitten drin im liebesleidlichen ersten Souper im Champs Elysees erzählt er die Kunde von der errungenen Präsidentenwahl. In der Nacht zum 2. Dezember 1852 greift aber Marettas kleine Hand noch viel bedeutsamer in das

Nad der Weltgeschichte. Schon hat sich der vom Lampenlichter vor der Kaiserrolle gepolte Prinz zum Verzicht auf Krone und Szepter entschlossen, um mit der Reichsgräfin in einen stillen Winkel zu entziehen, da wird der kleinen Maretta von dem Exkönig Jerome und von dem Grafen Verigny die staatspolitische Sachlage klar gemacht, und Maretta verzichtet großmütig auf Recht und Liebesglück. Erst die Nation, dann das eigene Wohlergehen! Draußen erklingt's alsbald aus tausend Röhren: „Vive l'empereur!“ In Maretta löst's seine nach: „Amour et bonheur sont mortels!“

Zu dieser groß aufgegebenen Liebesgeschichte hat nun Oscar Straus eine Musik geschrieben, die man nicht nur zum besten zählen darf, das der Wiener Operettenkomponist le erdacht hat, sondern die auch zum besten und wertvollsten gehört, das überhaupt auf den Markt der neueren Operettenliteratur gelangt ist. Hart und duffig, fast allzu hart für eine Operette, ist die Grundstimmung dieser Musik. Der reicherliche Schläger ist so gut wie gänzlich vermieden; nur das complexartige Lied des „Königs Louis“ (Jeromes von Hannover) und vielleicht noch die Ballettmusik des zweiten Bildes ist ausgesprochene Operettenmusik. Auch die feinfarbigere Ballettmusik auf der Opernparodie im Theater zu Amiens (man erlebt die Operaufführung im ersten Bilde mit dem Bild hinter die Kulissen, so daß das Orchester samt seinem Dirigenten Werner Goebel ganz im Vordergrund in der Residenztheaterbühne posiert werden mußte) trägt ausgesprochen übermütigen Charakter. Im übrigen dominieren in der Musik ernsthafte, aber einschmeichelnd melodische Wellen von warmer Empfindung und blühender Schönheit. Ganz besondere Sorgfalt hat Oscar Straus auch der Instrumentierung angewandt, und Werner Goebel ist ganz der Mann dazu, alle diese Feinheiten der Partitur glanzvoll hervortreten zu lassen. An dynamischer Zurückhaltung und hauchfeinem Orchesterklang tut er oft sogar etwas zu viel; vom selten Pianissimo war oft im Hause überhaupt nichts mehr zu hören — trotz der Mänschenstimme, mit der die das Haus bis an die Grenzen der Möglichkeit füllende Menge gefesselt lauscht.

Eine Operette, die in textlicher wie musikalischer Hinsicht offenbar einen Aufstieg dieser Theatergattung bedeutet, erfordert natürlich besondere Anstrengung in der Aufführung und in der Darstellung. Man darf dem Residenztheater das lobende Zeugnis ausstellen, daß es das Menschenmögliche getan hat. Schon im Neuenharden. Oscar Schott'sche und charakteristische Bühnenbilder, die er für das Berliner Metropolitantheater geschaffen hat, sind im Original nach der Firtusstraße in Dresden übertragen worden und umrahmt entsprechend die „historische“ Dandlung. Witz und Satire hatte umflügelnd und beflügelnd für die biesige Inszenierung geforgt. Gertrude Grändig begleitete für die weniger

Erwerbslosenfragen im Landtag

Sozialdemokratische Obstruktion gegen die Feiertagsvorlage

Nachdem der Landtag gestern abend beschlossen hatte, die Regierungsvorlage über die Aufhebung des 9. November und den denationalen Antrag über die Aufhebung des 1. Mai und des 9. November als gesetzliche Feiertage dem Reichsausschuss zu übertragen, trat dieser Ausschuss heute Donnerstag früh 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen, in der sofort heftig erörtert wurde, daß die Sozialdemokraten gegen die beabsichtigte Aufhebung des 9. November als Feiertag Obstruktion betreiben werden. Zunächst wurde durch eine langwierige Geschäftsordnungsdiskussion versucht, ein vorzeitiges Ende der Ausschusssitzung herbeizuführen. Als dies nicht gelang, verfuhr es der Abg. Edel mit einer hundertlangen Obstruktionsrede. Schließlich stellte die Opposition den Antrag, die Sitzung abzubrechen und erst am nächsten Dienstag weiter zu beraten. Die Regierungspartei aber behielt die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten mit Rücksicht auf die inzwischen begonnene Plenarsitzung, die Ausschusssitzung abzusuchen und am morgigen Freitag fortzusetzen. Zu Beginn der heutigen Plenarsitzung erklärte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Bösch ganz offen und wie die entsetzten Mitglieder seiner Fraktion bewiesen, zu vorzeitig, daß seine Fraktion der Durchführung der Regierungsvorlage oder der Annahme des denationalen Antrages mit allen Mitteln im Reichsausschuss Obstruktion zu begehen versuchen werde.

Die Donnerstagssitzung

12. Sitzung
Dresden, den 24. Oktober 1929.

Unterbrechung der Verhandlungen

In der heutigen Sitzung des Landtages, die bei schwacher Besetzung der Tribünen schon um 11 Uhr beginnt, wird die Beratung der unerledigten Punkte der Tagesordnung vom 23. Oktober fortgesetzt.

Zur gemeinsamen Behandlung sollen sechs Punkte kommen, die sich ausschließlich mit Erwerbslosenfragen beschäftigen.

Abg. Bösch (Soz.) erhält zunächst das Wort. Er erhebt scharfen Protest gegen die Absicht, die Regierungsvorlage auf

Aufhebung des 9. November als Sonderfeiertag

im Reichsausschuss durchzusetzen. Als heute die Vertreter der Sozialdemokratie im Reichsausschuss die Beratung der Ausschusssitzung gefordert hätten, um an der auf 10 Uhr anberaumten Ausschusssitzung teilnehmen zu können, habe die bürgerliche Mehrheit diesen Antrag abgelehnt. Dabei habe wie fast in jeder Phase des Kampfes um den 9. November die kommunistische Partei den bürgerlichen Helferdienst geleistet, indem sie die Ausschusssitzung einmündig die Unterbrechung der Sitzung bis 12 Uhr.

Erst 11 Uhr werden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Ueber das Ergebnis der Sitzung des Reichsausschusses wird an anderer Stelle berichtet.

Abg. Raunich (Soz.) begründet einen Antrag seiner Fraktion, in dem er

Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

verlangt. Der Redner betont, daß es vor allem darauf ankomme, Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung für weitestgehende Unterstützung der vom Lande Sachsen und den Gemeinden geplanten Maßnahmen einzutreten und die Bereitstellung von besonderen Mitteln zur produktiven Erwerbslosenförderung zu fordern. Ferner soll auf die Reichsbahn und die Reichspostverwaltung eingewirkt werden, damit begonnene Bauten bald weitergeführt werden können. Auch möchte Bereitstellung von Mitteln für den Bau des Südbahnhofs des Mittellandkanals (Elster-Saale-Kanal) erfolgen. Die Landesregierung wird um sofortige Vorlegung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms für die Herbst- und Wintermonate 1929/30 ersucht, und es wird hierfür eine Reihe von Vorschlägen gemacht, wie Bau von Wohnhäusern, Talperrren, Regulierung

der Flüsse, Restorationen usw. Den Gemeinden und Bezirksfürsorgeverbänden sollen ausreichende Mittel zur Arbeitsbeschaffung und zur Unterstützung der in der Arbeitslosenversicherung nicht bezugsberechtigten Erwerbslosen bereitgestellt werden. Der Redner behauptet, daß die Ausfuhr und die Produktion steige, die Zahl der Arbeiter jedoch gesunken sei. Auch der Binnenmarkt habe sich belebt. Die Forderung der Sozialdemokraten auf Schaffung von Arbeitsgelegenheit sei keine Klassenforderung, sondern eine solche, an der große Teile der Bevölkerung ein Interesse hätten. Die Vorwürfe gegen Hitlerding seien unangebracht; er sei an die Geschicke der kapitalistischen Reichstagsmehrheit gebunden.

Abg. Orange (Soz.) befragt sich in einer Anfrage seiner Partei mit der

Abwanderung von Industriellen

aus dem Freistaat Sachsen, die eine Folge der vom Großkapital betriebenen Wirtschaftsmassnahmen sei, insbesondere der Nationalisierung, der steigenden Konzentration der Betriebe und Fusionierung einzelner Interessengruppen. Dadurch trete eine große Dauererwerbslosigkeit ein. Der Redner fragt, was die Regierung getan habe und noch tun wolle, um die Auswirkungen dieser Dauerkrise zu beseitigen, die Abwanderung und Stilllegung von Betrieben zu verhindern und neue Arbeitsmöglichkeiten nach Sachsen zu ziehen.

Abg. Müller, Leipzig (Soz.), behandelt einen Antrag, der den

Zusammenschluß von Großbanken

zum Gegenstand hat. Die Fusion der Deutschen Bank mit der Disconto-Gesellschaft werde sich in einem starken Abbau von Bankstellen auswirken. Dieser Abbau sei ungerechtfertigt, da der gegenwärtige Personalstand bereits auf ein Mindestmaß eingeschränkt worden sei und die reguläre Arbeit nur durch die Ableitung von Ueberstunden bewältigt werden könne. Der Redner beantragt, die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß ein Personalabbau unterbleibe, bei nicht vermeidbarem Abbau aber die älteren Bankangestellten nicht abgebaut und den jüngeren Entschädigungen gewährt würden. Ferner wird verlangt, daß Ueberstunden im Bankgewerbe nicht mehr geleistet werden dürfen.

(Bei Schluß der Debatte dauerte die Sitzung noch an)

Die Sitzung des Reichsausschusses

Wie wir erfahren, beschloß der Reichsausschuss in seiner Sitzung während der Pause, daß künftig Ausschusssitzungen nicht zu derselben Zeit wie die Plenarsitzungen stattfinden sollen. Der Antrag der Linken, einen bestimmten Tag als Tag der Vertagung des Landtages festzusetzen, ging nicht durch. Der Landtag wird erst später — das heißt also nach Erledigung der Vorlage über den 9. November — bestimmen, wenn er eine Pause in seinen Arbeiten wegen der Stadtverordnetenwahlen eintreten läßt.

Miete der kommunalen Wohnungswirtschaft

Gummiknäppel für Hausmeister beantragt — Alles verwanzt — Häufige Mietbetrugnahme durch Untervermietung. Der Dezernent für Wohnungswesen in der Leipziger Stadtverwaltung, der sozialdemokratische Stadtrat Freitag, machte im Rahmen einer Erwiderung auf kommunalpolitische Vorwürfe, die gegen ihn selbst und sein Dezernat gerichtet waren, nach der Tel.-Union u. a. folgende bemerkenswerte Mitteilungen:

„Es ist richtig, daß wir beantragt haben, den Hausmeistern in den städtischen Mietwohnungen die Erlaubnis zum Tragen von Gummiknäppeln zu gewähren. Diese Hausmeister sind ständig in Gefahr, von den in den Mietwohnungen untergebrachten Parteien — es handelt sich meistens um Räumungsschuldner — tätlich angegriffen zu werden. Es sind schon viele derartige Fälle vorgekommen. Erst kürzlich hat ein solcher Räumungsschuldner seinen Hausmeister schwer mißhandelt, weil dieser einem Aste unterlag, mit einer Eisenkammer das städtische Haus zu beschädigen. Von Zeit zu Zeit muß auch die Polizei durch die Mietwohnungen gehen, um nach gestohlenen Haushalts- und anderen Gegenständen dort zu suchen. Es handelt sich um 120 derartige Wohnungen. 118 Mietwohnungen waren in kurzer Zeit so verwanzt, daß die Desinfektionskosten 2000 Mark betragen.“

Auch sonst hat die Stadt viel Kummer mit den Mietern in den schönen Neubauwohnungen, die in allen Stadtteilen erstellt wurden. Stadtrat Freitag berichtete darüber folgenden: Ein Mieter mit 70 Mark Wochenlohn zahlt 35 Mark monatliche Miete und zieht aus dieser Wohnung, da er eine Kammer untervermietet hat, noch 35 Mark; das ist aber noch

1* Franz Patiers spielt im Alberttheater. Die Direktion des Alberttheaters hat Erka von Thellmann-Patiera, die Gattin des Kammerängers Eino Patiera, für ein Gastspiel gewonnen.

1* Klavierabend. Einen sehr starken Erfolg erzielte sich Franz Wagner im gut besetzten Palmengarten. Der Gelegenheitsbesuch, das Werden dieses vielversprechenden Künstlers zu verfolgen, der muß mit Freunden schickeln, daß hier erste Arbeit und strenge Selbstzucht löbliche Reife erweisen ließen. Beethoven's „Liedewohl“-Sonate war aus dem Herzen zu gehen. Das Andante wurde wunderbar gefungen. Fandam kam das temperamentvoll erlachte „Wiedersehen“. In Beethoven war die Auslegung von Schumann's „Minderjungen“. Sie erblühten in barocke und beider Charakteristik, wahre Wundergaben aus dem Saubergarten. Träumereien voll Leben und Anschaulichkeit. Weiterhin war der Moderne das Wort gegeben. Ihre Silenienart meistert Wagner in beispielgebender Weise. Die Reize der Klangfülle eines Debussy kamen hochste zur Auswirkung in Arabeske (A-Dur), Brundage (A-D), den daristice sein virtuosos Kunststück. Ronoton wirkte von Foulenc „Mouvements Perpétuels“. Franz Wagner war auch mit einer eigenen Komposition „Mittliche Vision“ vertreten. Sie ist modern gehalten, unruhig, etwas laut und überaus dissonanzreich. Versuche Momente sind dazwischen gefest. Mit einer gewaltigen Explosion schließt der unheimliche Spuk. Die verblassende Wiederkehr wurde mit Recht bewundert. Werke von Chopin folgten. Franz Wagner wurde mit ehrlicher Begeisterung gefeiert. E. P.

1* Der Berliner Bildhauer Hans Gundrieser, von dem n. a. das Widmarck-Denkmal in Lübeck stammt, ein Sohn des bekannten Schöpfers der „Perolina“, Professor Emil Gundrieser, ist heute gestorben. Professor Hans Gundrieser stand im 57. Lebensjahre.

1* Stettiner Schauspielereublium. Eines der beliebtesten Mitglieder des Stettiner Stadttheaters, Hermann Mahberg, feierte seinen 80. Geburtstag. Der Jubilar wurde an seinem Ehrentage aus Kollegenkreisen, den Theaterbesuchern und den Behörden sehr geehrt. In Stettin wirkt Mahberg ununterbrochen seit 22 Jahren.

1* Die Kleinfestgesellschaft tagt in Hannover. Die Kleinfestgesellschaft hält ihre nächste Tagung vom 1. bis 8. November in Hannover ab. Den Festvortrag im Beethovenaal der Stadthalle hält Wolfgang Koch. Aus Anlaß der Tagung werden im Schauspielhaus zwei Amphitruon-Aufführungen gegeben, und zwar Koller's Dichtung in der deutschen Bühnenbearbeitung von Ludwig Fulda und das Schauspiel von Heinrich von Kleist; die Inszenierung der beiden Stücke führt Schauspielregisseur Dr. Georg Altmann, Hannover.

gar nicht; eine kinderreiche Familie hat ein Stieglingshaus erhalten, für das sie monatlich an Abzahlungen und Gebühren 20 Mark zu entrichten hat. Sie hat an acht Parteien untervermietet und erhält dafür 140 im Monat. Diese Zuhälter, so sagte Stadtrat Freitag, sind unheilbar.“

— Schlechte Wasserstandsverhältnisse. Der Wasserstand der Elbe hat auch in der letzten Woche noch keine wesentliche Besserung erfahren; der Dresdner Pegel hält sich auf etwa 2 Meter unter Null. Auch der Spiegel der Weichersperre ist trotz härteren Zuflusses durch die letzten Regenschneebauernd zurückgegangen. Die Talperre Malter, die 9000 000 Kubikmeter fassen kann, enthält gegenwärtig nur noch etwa 645 000 Kubikmeter, so daß bereits wieder große Uferstrecken trocken liegen. Die Wasserabgabe wird voraussichtlich in den nächsten Tagen eingeschränkt werden müssen, da man noch Möglichkeit wenigstens 600 000 Kubikmeter in der Sperre halten will. Das mit der Sperre verbundene Kraftwerk hat schon vor etwa acht Tagen den Betrieb eingestellt. Nur ein starker Dauerregen kann eine Besserung der Wasserstände herbeiführen.

— Das Tiermuseum im Großen Garten wird ab 28. Oktober für die Dauer des Winters geschlossen. Letzter Öffnungstag Sonntag, den 27. Oktober, vormittags 10 bis 1 Uhr und nachmittags 3 bis 6 Uhr.

— Die falschen Münzräuber. Entgegen den Erfahrungen in anderen Städten hat in Dresden die Straßendiebstahl in der letzten Zeit nur eine ganz geringe Anzahl von falschen 50-Pfg.-Stücken erhalten. Voraussichtlich müssen die bronzenen 50-Pfg.-Stücke noch bis 30. November angenommen werden.

Sum Einbruch in Freital

Von der Dresdner Kriminalpolizei wurde der zweite Einbrecher, ein 23jähriger Eisenarbeiter von hier, ermittelt und festgenommen. Von den gestohlenen Kleibern, die sofort zu Weide gemacht worden waren, konnte ein Teil wieder erlangt werden. Das am Tatort vorgefundene silberne Nagarschloß „A. J.“ gezeichnet, will einer der Fürsicher von einiger Zeit in einer Dresdner Herberge von einem Unbekannten gekauft haben. Offenbar stammt es von einem Diebstahl. Der Eigentümer hat sich bisher nicht gemeldet. Bei den Erörterungen stellte sich weiter heraus, daß der am Dienstag festgenommene Hadergehilfe und zwei Komplizen, deren Namen er nicht nennt, in einem Dresdner Kaufhaus für etwa 150 Mk. Waren durch Betrug erlangt haben. Angaben über den Verbleib der noch fehlenden Kleibungsstücke werden nach dem Kriminalamt, Zimmer 74, erbeten.

Amtl. Bekanntmachungen

Ausschreibung

Es sollen vergeben werden:

1. Maurer- und Zimmerarbeiten bei Erneuerung von Innenanstrichen im städtischen Vieh- und Schlachthof.
2. Hand- und Fußbodenarbeiten dort.
3. Türzargen und einfache Eisenkonstruktionen für den Neubau „Haus der Jugend“ an der Gerhart-Hauptmann-Straße.
4. Tischlerarbeiten — Türen — für den Neubau des städtischen Speichers an der Vermohler Straße.
5. Dachkammerarbeiten — Kupfer — für den Neubau der 1./2. Berufsschule an der Gerhart-, Wintergarten- und Silbermannstraße, und
6. Schlosserarbeiten im städtischen Vieh- und Schlachthof.

Preislistenvordrucke werden soweit der Vorrat reicht, im Hochbauamt, Neues Rathaus, Ringstraße 19, 3. Obergesch., Zimmer 851, kostenlos in der Zeit von 10 bis 2 Uhr an die Stelle Bewerber abgegeben. Dasselbe liegt auch die Ordnung über die Vergabe von Arbeiten und Lieferungen für die Stadt- und Schulgemeinde Dresden usw. vom 4. Dezember 1918 zur Einsicht aus.

Die ausgefüllten Preislisten sind unterfertigen, verschlossen und mit entsprechender Aufschrift versehen bis zum Schlußtermin, Freitag, den 1. November, 11 Uhr, im Hochbauamt, Neues Rathaus, Ringstraße 19, 3. Obergesch., Zimmer 851, einzureichen. Der Hat behält sich die freie Auswahl unter den Bewerbern, sowie die Ablehnung aller Angebote vor. Die Bewerber bleiben bis zum 23. November 1929 an ihre Angebote gebunden. Die Gewährleistungsdauer beträgt zwei Jahre.

Wetternachrichten aus Deutschland

vom 24. Oktober 1929. (Nachdruck verboten.)

Station 1 bis 5 von 7 Uhr morgens. Abreise Stationen von 8 Uhr morgens

Station	Temperaturen			Wind	Wetter	7 bis 8 Uhr morg.	7 bis 8 Uhr abg.	Gegenlicht	cm
	7 bis 8 Uhr morg.	höchste d. Tag	niedrigste d. Nacht						
Dresden	+8	+12	+6	SSO	2	3	00	—	—
Weißer Hirsch	+7	+14	+5	Stl	—	2	00	—	—
Riesa	+8	+14	+7	SSW	2	4	—	—	—
Zittau-Stirch.	+4	+11	+3	SW	1	2	00	—	—
Chemnitz	+7	+14	+5	SSO	1	4	—	—	—
Annaberg	+10	+11	+4	SSW	3	3	03	—	—
Friedberg	+6	+7	+4	SSW	4	8	1	—	—
Brochen	+1	+7	+1	SW	9	8	—	—	—
Hamburg	+9	?	+7	S	4	3	?	—	—
Nachen	+9	+14	+9	SW	3	3	00	—	—
Stettin	+9	+9	+5	S	1	0	—	—	—
Danzig	+3	+10	+2	SSO	3	0	—	—	—
Berlin	+7	+10	+6	SW	1	1	—	—	—
Breslau	+4	+14	+2	O	1	3	00	—	—
Frankfurt	+4	+14	+4	Stl	—	1	—	—	—
München	+9	+16	+4	Stl	—	3	—	—	—

Gründung betr. Wetter: 0 milkenlos, 1 heiter, 2 halbbedeckt, 3 wolkig, 4 bedeckt, 5 Regen, 6 Schnee, 7 Graupel oder Hagel, 8 Dunst oder Nebel, 9 Schmelz, weniger als 2 Kilometer, 9 Gewitter. Temperaturen + Wärmegrade, — Kältegrade. * An den letzten 24 Stunden über aus dem Quadratmeter

Entstehungsverteilung. Umfangreiche Depression über dem nordwestlichen und nördlichen Europa mit Teufelung britische Inseln; Zentrum unter 755 Millimeter zwischen Island und Mittelnorwegen; Depression unter 755 Millimeter Italien, Adria, mittlere Donau; hoher Druck über 760 Millimeter Westrußland; hoher Druck über 765 Millimeter Atlantik mit Vorstoß über 760 Millimeter Westspanien.

Wetterlage. Die kräftige Depression zwischen Grönland und Mittelnorwegen, in deren Zentrum das Barometer unter 720 Millimeter steht, hat ihre Lage und Intensität seit gestern nur wenig geändert. Die im Südbereich von ihr, westlich von England geltend vorhandene Neubildung ist bis über die britischen Inseln gelangt. Deutschland hat im südwestlichen Vorderelbtraktum dieser Bildung wolfiges, neblig, zeitweise aber auch durch föhnartige Vorgänge aufziehendes Wetter. Die Temperaturen sind im Flachlande mild; sie erheben sich tags über 10 Grad. Die Mittelmeerdepression ist in den letzten Tagen langsam von Spanien und Italien bis zur Adria und mittleren Donau vorgedrungen. In ihrem Bereich liegen die Wassertemperaturen über 15 Grad. Gemäß der Temperaturverteilung besteht immer noch die Möglichkeit, daß sich in den nächsten Tagen eine W-Wetterlage entwickeln, von der wir größere Niederschläge zu erwarten hätten. Von der Rückseite der nordwestlichen Depression bringt maritime Kaltluft vor, die uns voraussichtlich morgen erreichen wird. Bei ihrem Einbruch wird es zu Niederschlägen kommen. Unter der Einwirkung der beiden genannten Störungen werden wir für die nächsten 48 Stunden wechselhaftes und zum Teil auch unruhiges Wetter haben.

Witterungsbedingungen. Beschleib, meist hart bewölkt; zeitweise Niederschläge; im Flachlande im späteren Verlaufe geringerer, im Gebirge etwas höherer Temperaturrückgang; besonders in höheren Lagen an Gärten zunehmende Winde aus westlichen Richtungen. Hinweis: Die Wettervorhersage gilt ständig vom Eintreffen des Ausgabestages bis zum Abend der folgenden Tage.

Wasserstand der Elbe und ihrer Zuflüsse.

	Regen	Mo	Don	Elbe	Wald	Wald	Wald	Wald	Dresden
	mm	mm	mm	mm	mm	mm	mm	mm	mm
23. Oktober	+1	-04	-05	-08	-05	+17	+04	-05	-100
24. Oktober	-3	-06	-07	-10	-05	+31	+08	-05	-100

